

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

4. November 2013

Wahlversprechen auf dem Prüfstand - ABSP unterstützt Vorstoß der Linksfraktion zu Mindestlohn und Regelsatz

Inhalt

1. Wahlversprechen auf dem Prüfstand - ABSP unterstützt Vorstoß der Linksfraktion zu Mindestlohn und Regelsatz
2. Hartz-IV-Verschärfungen werden diskutiert
3. Vorstellung des ABSP bei der OpenUni 2013 am 30. November in Göttingen
4. Bundesweites Treffen des ABSP am 14. Dezember in Magdeburg

1. Wahlversprechen auf dem Prüfstand - ABSP unterstützt Vorstoß der Linksfraktion zu Mindestlohn und Regelsatz

Im Umfeld der Sondierungen der sich anbahnenden Großen Koalition liest man Vieles zum Thema „Mindestlöhne“ und viel Widersprüchliches. 8,50 Euro bundesweiter einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn? Oder nur eine Ausweitung des Flickenteppichs mit Branchenmindestlöhnen?

In dieser schon vorher so oder so ähnlich voraus zu sehenden Situation ist die Initiative der Linksfraktion, einen Antrag für 8,50 Euro flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag einzubringen, welcher den Wahlversprechen der SPD und der Grünen entspricht und daher eine rechnerische Mehrheit haben müsste, goldrichtig. Schon anlässlich der konstituierenden Sitzung des Bundestages am 22. Oktober sollte diese Initiative starten.

Beim bundesweiten Treffen des ABSP am 12. Oktober in Göttingen wurde daher eine Erklärung an DIE LINKE beschlossen, welche deren Initiative und ihre Projekte für die ersten 100 Tage Opposition im Bundestag begrüßt. Seit Jahren schon kämpft das ABSP für einen lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde und einen Hartz-IV-Eckregelsatz (Regelbedarfsstufe I) von 500 Euro pro Monat. Es wurde beschlossen, unsere Erklärung auch der Presse zur Kenntnis zu geben, um mit unseren Möglichkeiten dem entgegen zu wirken, dass die Initiative der Linken einfach unter den Tisch fallen gelassen werden könnte.

Unsere Pressemitteilung findet Ihr im Anhang dieser Rundmail.

Schon zur Zeit unseres Treffens war von Gerüchten die Rede, dass versucht werde, die Initiative der Linksfraktion durch verfahrenstechnische Tricks zu verhindern. Tatsächlich will nun die Mehrheit des Bundestages die nächste Sitzungswoche, die für den 11. bis 15. November geplant war, per Beschluss des Ältestenrates des Bundestages einfach ausfallen lassen. So könnten die entsprechenden Anträge wahrscheinlich nicht mehr vor dem Zustandekommen einer Regierungskoalition gestellt werden.

Es gilt also weiter Druck zu machen, um eine klare Regelung zu erkämpfen, welche das - die anderen europäischen Staaten niederkonkurrierende – unerträgliche Lohndumping in Deutschland eindämmt.

Lasst uns den Druck weiter erhöhen, damit das Existenzminimum von Erwerbstätigen und Erwerbslosen anerkannt wird. Das aktuelle Flugblatt „Deutschland: Hochsteuerland für Armutslöhner“ (http://www.klartext-info.de/flugblaetter/steueroasen_2013.pdf) eignet sich hervorragend für die Werbung für unser Anliegen. Auch viele andere Materialien der Bündnisplattform können nach wie vor kostenlos und portofrei bestellt werden: <http://bit.ly/material-500-10>

2. Hartz-IV-Verschärfungen werden diskutiert

Für die kommende Regierungszeit hat eine AG der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) mehrere Hartz-IV-Verschärfungen und viele weitere Änderungsüberlegungen diskutiert.

Harald Thomé hatte dieses Papier über seinen Verteiler zur Kenntnis gegeben:

<<http://www.harald-thome.de/media/files/ASMK-Rechtsvereinfachungen-SGB-II--27.09.2013.pdf>>

Unter anderem wird über den Vorschlag einer Gebühr für Widerspruch und/oder Klage gesprochen. Eine Ungeheuerlichkeit, welche bisher zum Glück fast keine Unterstützung unter den Versammelten von Bund, Ländern, der BA und der Kommunen findet. Außerdem wird eine sogenannte Unterhaltsvermutung bei Haushaltsgemeinschaften diskutiert und Hunderte weitere Punkte. Das 32 Seiten lange Dokument hat einen fast internen Charakter. Alle Vorschläge, die in den sogenannten „Workshops“ überhaupt angesprochen wurden, werden aufgeführt. In der Anlage 3 des Dokumentes (ab Seite 16) wird dann aufgelistet, welche Vorschläge die Zustimmung bzw. Ablehnung der jeweiligen Akteure gefunden haben. Da es gut ist, wenn man möglichst früh weiß, was in Zukunft kommen könnte und wogegen wir uns wehren müssen, legen wir Euch dieses Papier so wie es ist vor.

3. Vorstellung des ABSP bei der OpenUni 2013 am 30. November in Göttingen

Schon mehrmals fand an der Uni Göttingen für 48 Stunden eine Offene Uni statt, in diesem Jahr vom 29. November bis zum 1. Dezember. Alle Gruppen, welche ein Interesse daran haben, können Veranstaltungen in der Uni anbieten. Weder Darbietende noch ZuhörerInnen / TeilnehmerInnen müssen der Uni angehören. Die Offene Uni ist für alle offen! MitstreiterInnen des ABSP stellen das ABSP dort am Samstag, dem 30. November, von 13 bis 16 Uhr vor:

<<https://asta.uni-goettingen.de/1712>>

4. Bundesweites Treffen des ABSP am 14. Dezember in Magdeburg

Das nächste bundesweite Treffen wird am Samstag, dem 14. Dezember, von 12 bis 17 Uhr in Magdeburg stattfinden. Wir werden in den Räumlichkeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt tagen. Es gibt viele neue Entwicklungen nach der Bundestagswahl. Das Treffen des ABSP hat die Aufgabe, für das Netzwerk über die nächsten zu planenden Aktivitäten zu beraten und zu beschließen.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Hans Levy, Sabine Podewin, Volker Ritter, Tommi Sander, Robert Schmiedl, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0179 672 9724

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de